



LOGISTIKNETZ  
BERLIN-BRANDENBURG



Hafen  
Königs Wusterhausen  
Wildau



VATTENFALL



Verein zur Förderung des  
Stromgebietes Oder/Havel e.V.



Deutsche Binnenreederei  
ODRATRANSGROUP



BUNDESVERBAND ÖFFENTLICHER BINNENHÄFEN e.V.



BAUINDUSTRIEVERBAND  
BERLIN-BRANDENBURG e.V.

## Pressemitteilung der

### Initiative „Weitblick - Binnenschifffahrt Plus“

Potsdam, 17.02.2011

## Wirtschaft der Region Berlin-Brandenburg fordert Ausbau der Schleuse Kleinmachnow

**Hafen und Stadt Königs Wusterhausen schließen sich Klage des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg an**

*Die Wirtschaft der Region Berlin-Brandenburg fordert den Ausbau der Schleuse Kleinmachnow und die Aufhebung der Rücknahme des Planfeststellungsbeschlusses für dieses wichtige wasserwirtschaftliche Bauvorhaben. Die Stadt und der Hafen von Königs Wusterhausen haben sich dazu einer Klage des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg angeschlossen.*

Die in der Initiative „Weitblick - Binnenschifffahrt Plus“ vereinten beiden Kläger, Vertreter der Wirtschaft der Region Berlin-Brandenburg, betroffene Unternehmen sowie der Deutsche Gewerkschaftsbund forderten dazu am Donnerstag auf einer Pressekonferenz in Potsdam vom Bund, die ostdeutschen Wasserstraßen nicht von der wirtschaftlichen Entwicklung abzuhängen sondern vielmehr alles dafür zu tun, diese wichtigen Infrastrukturadern gezielt und vor allem durchgängig zu ertüchtigen. Es müsse alles

getan werden, um Güterverkehr in der Region Berlin-Brandenburg von den jetzt schon überfüllten Autobahnen auf den Wasserweg zu verlagern.

**Reinhard Schuster, Geschäftsführer der Königs Wusterhausener Hafengesellschaft LUTRA GmbH**, betonte, dass die Entwicklung des Standortes Hafen Königs Wusterhausen mit dem Wissen erfolgt sei, dass die Bundesregierung auf der Basis der Maßnahme 17 des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit beabsichtigt, die Wettbewerbsnachteile der Schifffahrtswege Berlin und Brandenburg gegenüber dem europäischen Standard auszugleichen. „Verbunden mit dem dargestellten Ansiedlungsprogramm und der unstrittigen Tatsache des immer mehr steigenden Güterverkehrs soll das Angebot an die verladende Wirtschaft zur Nutzung der Wasserwege und des stärkeren Ausbaus der Ost-West-Verkehre erweitert werden. Allein vom und zum Hafen Königs Wusterhausen können sich in den nächsten 5 bis 8 Jahren zusätzliche vorrangig über den Teltowkanal verlaufende Verkehre in einem Mengenvolumen von über 800.000 Tonnen ergeben“, sagte er. Die Hafengesellschaft schließe sich daher der Initiative Pro Schleuse Kleinmachnow „Weitblick - Binnenschifffahrt plus“ an und werde sich dafür einsetzen, dass sich für den wichtigen Transportweg Wasserstraße keine Wettbewerbsnachteile für die Region Berlin und Brandenburg ergeben.

Es sei erschreckend, dass nun neun Jahre nach dem genehmigten Schleusenausbau der Planfeststellungsbeschluss aufgehoben werden soll, erklärte der **Bürgermeister der Stadt Königs Wusterhausen, Dr. Lutz Franzke**. Auf die Verkehrspolitik des Bundes müsse wie in den Vorjahren Verlass sein. Die Bürger, Unternehmen und Kommunen vertrauten wie in der Flugroutendiskussion zu Schönefeld auf die getroffenen Entscheidungen von Ministerien und Bundespolitik. „Die Wasserwege in Ostdeutschland müssen weiter erschlossen werden, nicht nur aus wirtschaftlicher, sondern auch aus ökologischer Sicht“, sagte er weiter.

„Neue Güterströme stehen belastbar vor der Tür wie die benötigten nachwachsenden Energieträger für die Kraftwerke Berlins. Es ist ein wirtschaftlicher Irrsinn für den Ballungsraum Berlin-Brandenburg, hier nur auf den Verkehrsweg Straße zu setzen.“ Es gehe der Stadt Königs Wusterhausen nicht nur um die Schleuse Kleinmachnow oder die eigene Hafengesellschaft, sondern um die Zukunft der Region und darum, dass der gesamten Binnenschifffahrt östlich der Elbe nicht das Wasser abgegraben wird.

**Axel Wunschel, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Berlin-Brandenburg**, führte u. a. aus: „Für die Wirtschaft der Region Berlin-Brandenburg lautet die Prämisse eindeutig: Die Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses über den Bau der Schleuse Kleinmachnow muß zurückgenommen werden.“ Der Ausbau dieser Schleuse und die Ertüchtigung der Berlin-Brandenburgischen Wasserstraßen insgesamt seien die Voraussetzung, um die Lebensadern der Wirtschaft in der Region zu vitalisieren, in Größenordnungen Güterverkehr von der Straße auf das Wasser zu verlagern und damit den CO<sub>2</sub>-Ausstoß deutlich zu vermindern“, hob er hervor.

„Unsere Wasserstraßen und die der neuen Länder dürfen nicht von der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundeswasserstraßen abgekoppelt werden. Ihre weitere Entwicklung ermöglicht es, den ökologischen Umbau der Güterverkehrsströme in der Region voranzutreiben.“ Nach Überzeugung der Wirtschaft könne nur so die Region Berlin-Brandenburg europäische Logistik-Drehscheibe auch auf dem Wasserwege werden“, betonte er.

**Doro Zinke, Vorsitzende des DGB Berlin-Brandenburg**, betonte: „Der Osten darf nicht abgehängt werden! Unsere Region verfügt über das dichteste Wasserstraßennetz Deutschlands; die Binnenschifffahrt ist der Verkehrsträger mit den größten Kapazitätsreserven. Statt diese auszubauen und zu einem sinnvollen Netz zu verknüpfen, sollen durch brandenburgische Alleen Gigaliner brettern. Auch Berlinerinnen und Berliner, Brandenburger und Brandenburgerinnen haben ein Anrecht auf umweltfreundliche Verkehrswegeplanung. Rettet die umweltfreundlichen Arbeitsplätze in der Binnenschifffahrt!“

**Rainer Knauber**, Generalbevollmächtigter der Vattenfall Europe AG für Berlin und die neuen Bundesländer, sagte: „Angesichts freundlicher Perspektiven weiter Teile der Berliner Wirtschaft sind die Wasserwege ein wichtiges Tor nach Berlin. Auch Vattenfall setzt bei der Belieferung seiner Berliner Kraftwerke mit Brennstoffen auf die Wasserstraßen: Alle großen Heizkraftwerke der Stadt werden darüber erreicht. Insbesondere bei dem geplanten Ausbau des Biomasseeinsatzes wollen wir zusätzliche Volumen transportieren. Deshalb vertrauen wir darauf, dass die Schleuse in Kleinmachnow wie festgelegt ausgebaut wird. Auf die Funktionsfähigkeit dieser umweltfreundlichen und sicheren Verkehrswege können wir jetzt und in Zukunft nicht verzichten.“